66. Jahrgang. № 292 Sonnabend, 24. Juni 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30,— M., vierteljährlich 90,— M.

Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 30 mm breite Zeile 7,— M., außerhalb Sachsens 8,— M. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe die Zeile 5,— M. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 1,50 M., Sonntagsausgabe 2,— M.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

14 Ringstraße Königsdiele Ringstraße 14
Vornehmes Restaurant

Deutscher Weinbrand Scherer Original Langen b. Frankfurt a. M.

Koffer Enterlein Waisenhausstr. 23

Gegen die Katastrophenpolitik Wirths.

Eine Anklagerede Helfferichs im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 23. Juni. Am Regierungstische Dr. **Wirth**, Dr. **Rathenau** und Dr. **Hermes**. Zuerst wurden kleine Anfragen erledigt. Auf die Anfrage des Abg. **Lambach** (D.-N.), was die Entsendung der deutschen Delegation nach Genua gekostet habe, wurde mitgeteilt, daß die Kosten 1 015 000 Lire betragen habe, das sind rund 16 000 000 Mk. Diese Kosten erstrecken sich auf die Unterbringung, die Tagegelder, und die laufenden Ausgaben des Aufenthalts. Die Reisekosten seien nicht einbegriffen.

Darauf wurde die politische Aussprache fortgesetzt. In dieser ergriff

Dr. Helfferich

das Wort und sagte: Die Verhandlungen hier sind **ein ernstes Dokument deutscher Not.** Deutschlands ganzer Jammer mußte jeden erfassen, der hier die Begründungen der Interpellationen hörte. Ein Notschrei, eine Anklage reihte sich an die andere. Es waren Anklagen gegen die, die nichts kennen gegenüber Deutschland als schrankenlose Willkür, Tyrannei, Vernichtungswillen und Zerstörung. (Zustimmung rechts.)

In diesen Stunden trat uns das Bild des geachteten und gefürchteten deutschen Kaiserreichs wieder vor die Augen, der Stolz der Vergangenheit, die Sehnsucht unserer Zukunft (Lebhafter Beifall rechts, Lärm links), **das Bild dieses Kaiserreichs, das die Macht hatte, sein Recht zu schützen, das niemals seine Macht mißbraucht hat, dessen Macht der stärkste und sicherste Hort des Friedens gewesen ist.** (Erneute lebh. Zust.)

Vertiefen Sie sich in die Dokumente, die das Auswärtige Amt veröffentlicht hat. Ein monumentales Denkmal des Friedenswillens Deutschlands und des Mannes, den Sie (nach links) immer nur in Kürassierstiefeln gezeigt haben! (Beifall rechts, Widerspruch links.) Sie zeigen den Friedenswillen eines Mannes, der turmhoch über den impotenten Friedensbestrebungen steht, denen Sie (nach links) heute das Wort reden. **Man sollte am Grabe Bismarcks in Friedrichsruh einen Kranz aus Lorbeer und Palmen niederlegen.** (Zuruf des Abg. Malzahn (Komm.): Das wäre ja verrückt! Große allgemeine Unruhe und Pfuirufe. Der Präsident erklärt, daß dieser Zuruf „sehr ungehörig" sei.) Wenn wir tatsächlich in den Krieg hineingeschlittert sind, so das vor allem aus dem Grunde, weil Kaiser und Kanzler von dem eigenen Friedenswillen so durchdrungen waren, daß sie bei keiner anderen verantwortlichen Persönlichkeit, der die Vorsehung die Verantwortung für die Völker der Welt gegeben hatte, den Willen voraussetzen konnten, daß sie wegen einer verhältnismäßig kleinen Ursache den Völkerkrieg entfesseln würde. Das Schriftstück, das der Minister des Auswärtigen in Beantwortung der Interpellation verlesen hat, ist in seiner ganzen Nüchternheit doch

ein furchtbares Dokument der Anklage.

Allerdings hätten wir mehr gewünscht. Der Außenminister will und muß diplomatisch sein, **aber es gibt Augenblicke, in denen er vom Grundsatze des Diplomaten, Worte zu gebrauchen, um Gedanken zu verhüllen, keinen Gebrauch machen darf.** Der Minister hat durch seinen mehr als nüchternen Bericht dem Bilde die Farbe und das Relief vorenthalten, das in der Saarbevölkerung und weit darüber hinaus in der Seele unserer Landsleute entstanden ist an Erbitterung, Empörung, an Haß und Wut. **Warum sagte das der Minister nicht?** Es ist wichtig, daß die ganze Welt dies aus seinem Munde hört. (Abg. **Crispien** (Unabh.): Sie sind ein unverschämter Hetzer!) Die Unverschämtheit ist bei Ihnen schon längst zur parlamentarischen Einrichtung geworden. Das Bild ist nicht nur nicht erfreulich, sondern empörend und herzzerreißend und himmelschreiend! Der polnische Adler in Oberschlesien, Frankreich im Rheinlande und an der Saar,

das ist das einzige greifbare Resultat der Erfüllungspolitik.

Vor uns liegt der Abgrund. Gegen das Wiesbadener und Gillet-Abkommen haben wir die Einwendung, daß sie unserem Vertragsgegner die Möglichkeit geben, einen großen Teil unseres Exportes für Reparationen zu verrechnen.

Der Reichskanzler hätte die Gelegenheit ergreifen sollen, um an erster Stelle in dieser Aussprache das Wort zu ergreifen und die Absichten der Regierung zu enthüllen. Die Aussprache hätte dadurch nur gewonnen. Wenn die Regierung wirklich sehenden Auges all die Not und das Elend unseres Volkes auf sich genommen habe, um den Gegnern die Unmöglichkeit der Erfüllung ihrer Forderungen zu beweisen, so beneide er sie nicht um ihren Schlaf. Es schien ja einmal, als wollten sie einen Anlauf nehmen, um der Erfüllungspolitik ein Ende zu machen. Sie habe aber zu wenig auf die Bedingungen geachtet, unter denen die alliierten Staatsmänner zur Erleichterung bereit waren. Die Ueberraschung und Bestürzung der Reichsregierung über die Note der Reparationskommission vom 28. März war daher außerordentlich groß. **Die Forderung der Finanzkontrolle vor allem wirkte niederschmetternd. Jede Festlegung auf irgendwelche neuen Steuern muß die Regierung vermeiden.** Die einseitigen Abmachungen der Regierung können weder den Reichstag noch das deutsche Reich binden.

Die Regierung hat dem Auswärtigen Ausschuß irreführende Auskunft gegeben.

Dieser Vorwurf ist schwer. Ich begründe ihn. Man hat uns von positiven Zugeständnissen gesprochen. Der Redner zitierte die Rede des Reichskanzlers vom 28. März, in der er in schärfsten Worten gegen die Finanzkontrolle protestiert und sie als eine Zumutung bezeichnet, der sich keine deutsche Regierung im Interesse unseres notleidenden Volkes unterwerfen darf. Man vergleiche damit die Noten vom 9. und 23. Mai. In der Note vom 9. Mai wird gesagt, daß die deutsche Regierung mit Genugtuung von der Absicht der Reparationskommission Kenntnis genommen habe, sie bei der Ordnung der deutschen Finanzen zu unterstützen. (Hört, hört! rechts.) **Weiter wird in der Note nach dem deutschen Text gesagt, daß die deutsche Regierung sich mit der Kommission über gesetzliche Schritte auf steuerlichem Gebiet „ins Benehmen setzt", während im französischen Text „die vorherige Verständigung" zugestanden wird. Was bedeutet diese Divergenz? Das ist eine Lebensfrage für uns.**

Ich fordere Sie, Herr Reichskanzler, auf, durch einen Zuruf diese Frage zu beantworten.

(Zuruf rechts: Er schweigt! Abg. Hoffmann (Komm.) schreit dem Redner zu: Man müßte Sie rausschmeißen, und eilt mit dem Abgeordneten Kuhnt auf die Rednertribüne. Allgemeine große Unruhe. Unflätige Schimpfworte der Linken erwidert die Rechte mit erregten Zwischenrufen. Der Präsident stellte fest, daß eine ganze Reihe von unparlamentarischen Ausdrücken gefallen sei, aber nachdem der Abgeordnete Helfferich selbst unparlamentarische Ausdrücke gebraucht habe, könne er im einzelnen nicht einschreiten. Große Unruhe rechts und Rufe: Wo bleibt der Schutz des Redners durch den Präsidenten? Großer Lärm links.)

Eine deutsche Regierung, die ohne Zustimmung des Reichstages wesentliche Rechte der Volkssouveränität aufgibt, gehört vor den Staatsgerichtshof. (Lebhafter Beifall rechts; Lärm und Entrüstungskundgebungen links.) Die Unsummen, die wir für die Gegner ausgeben müssen, sind höher als die Kosten der gesamten Reichsverwaltung einschließlich des Heeres.

Allein für die Rheinlandbesatzung zahlen wir heute 60 Prozent mehr, als für unser gesamtes Heer und unsere gesamte Marine in den Jahren ihrer höchsten Anspannung ausgegeben wurde.

(Bewegung rechts.) Im Rheinlande stehen 130 000 Mann, obwohl fest versprochen worden war, daß die Zahl 70 000 nicht überschritten werden sollte. Die Besatzungstruppen erhalten schwindelnde Gehälter, die dazu noch steuerfrei sind. **Das ist die unerhörteste Satrapenwirtschaft, die man jemals gesehen hat.** Der Redner geißelt in scharfen Worten das Treiben der fremden Besatzungen und der vielen Kommissionen aller Art. **Die monatlichen Zahlungen von 50 Millionen Gold können auf die Dauer nicht weiter geleistet werden.** Wir fordern: 1. daß der Makel der Schuldlüge von uns genommen wird; 2. daß die uns auferlegten Reparationslasten unserer Leistungsfähigkeit angepaßt werden.

Wenn ein großer Eingriff in die Substanz des deutschen Volksvermögens gemacht werden soll, dann wollen wir auch den Zweck dieses Opfers sehen.

Jedes Opfer ist gänzlich umsonst, wenn alles in den großen Rachen des Molochs der Reparationen verschwindet. Deshalb verlangen wir keinen weiteren Devisenankauf, solange der Dollar einen bestimmten Stand überschreitet.

Will der Reichskanzler angesichts dieser Aufwärtsbewegung des Dollars mit dem Garantiekomitee verhandeln, will er auf jede Konsequenz hin einen Entschluß kundgeben und an diesem Entschluß festhalten? Sogar der demokratische Abgeordnete Gothein hat vor einiger Zeit in der Presse geschrieben, noch heute sei er davon durchdrungen,

daß Erfüllungspolitik Katastrophenpolitik ist.

Ich sehe die Fortsetzung der Erfüllungspolitik als sichere Katastrophe an. Das Programm des Versailler Vertrags ist ein Programm, das Ruin und Tod schafft. Ich halte es nicht für möglich, daß sich ein deutsches Volk auf die Durchführung dieses Programms von Ruin und Tod verpflichtet, aber die Regierung hat es unterschrieben, um ihm die Spitze abzubrechen.

Aber nun ist es genug und übergenug! Es muß jetzt endlich bewiesen werden, daß das Wort eines deutschen Reichskanzlers Geltung hat. Das Wort des Kanzlers vom 28. März darf nicht zurückgenommen werden, sonst wird bei unseren Gegnern der Eindruck erweckt, daß mit den Fingern am Abzuge von der deutschen Regierung alles zu erreichen ist. Solange dieser Eindruck besteht, solange werden wir nicht aus dem Elend herauskommen. **Die Welt muß endlich den Eindruck bekommen, daß wir es in Deutschland wieder mit Männern zu tun haben!** (Anhaltender stürmischer, zu wiederholten Malen einsetzender Beifall und Händeklatschen rechts, auch auf den Tribünen, tobender Lärm links.)

(Fortsetzung der Reichstagsverhandlungen auf Seite 2.)

Der preußische Landtag gegen die Schuldlüge

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 23. Juni. Der preußische Landtag nahm heute einen deutschnationalen Antrag gegen die Kriegsschuldlüge mit den Abänderungen der Sozialdemokraten, die von der Nichtalleinschuld und der Nichtabsichtlichkeit deutscherseits sprachen, an. Zuvor hatte der Abgeordnete Wallraf namens der Deutschnationalen erklärt, unter Wahrung der grundsätzlichen Haltung seiner Partei dem Antrag der Sozialdemokraten auf Einschränkung des deutschnationalen Antrages zuzustimmen.

Französischer Kolonisationswahnsinn im Rheinland.

Kopfschüttelnd stehen wir vor einem Phantasieprodukt wie der letzten Rede des früheren französischen Kriegsministers Lefèvre mit ihren maßlosen Ausfällen, Lügen und Verdrehungen, die wir einfach nicht verstehen können, so sehr wir uns auch um eine Erklärung bemühen mögen. Selbst die Quelle eines Lügen- und Fälscher-Anspach reicht nicht aus, um verständlich zu machen, wie ein Politiker derartigen ausgemachten Wahnsinn vor aller Welt vertreten kann. Soll man die Rede komisch nehmen? Dazu ist ihre Wirkung auf die französischen Massen und das Ausland, besonders auf die übrigen antideutschen Hilfsvölker doch wohl zu groß. Und wenn auch der Antrag, vorübergehend die zweijährige statt der 18monatigen Dienstzeit beizubehalten, mit riesiger Mehrheit abgelehnt wurde, so kann doch darüber kein Zweifel bestehen, daß Lefèvre der Kammer aus der chauvinistischen Seele gesprochen hat; nur hat die Kammer das Vertrauen, daß Poincaré trotzdem in ausreichendem Maße für die „Sicherheit" Frankreichs sorgen wird. Langatmige Widerlegungsversuche sind zwecklos, und so bleibt uns nur übrig, die neue Wahnsinnsrede Hetz-Lefèvres als ein Glied in der Kette derjenigen Tatsachen und Maßnahmen zu betrachten, die uns überall in der französischen Sanktions- und Reparationspolitik, in der Saar- und Rheinlandpolitik entgegentreten, und denen wir teils mit ohnmächtiger Wut und Empörung, teils mit dem Pochen auf unsere Vertrags- und Daseinsrechte gegenüberstehen. Daß die Franzosen die Rheingrenze mit allen Mitteln erstreben, wissen wir, wissen auch, daß die Franzosen mit ihrer Reparations- und Militärpolitik Deutschland gewaltsam niederhalten und zerstückeln wollen, aber von der rührigen französischen Kultur- und Wirtschaftspropaganda, die die Seele der Rheinländer für die „Segnungen" der französischen Kultur gewinnen, die rheinische Wirtschaft dem französischen Wirtschaftsgebiet angliedern will, finden wir keine Brücke zu den unerhörten Unterdrückungen brutalster Gewalt gegen die rheinische Bevölkerung, zu der Aussaugung durch die Besatzung, zu den nur widerstrebend etwas gehemmten Provokationen der Schwarzen, zu den Herausforderungen durch Besudlung deutscher Denkmäler und durch den empörenden Kasernenbau gegenüber dem Niederwalddenkmal, der jedes deutsche Empfinden aufs tiefste verletzen muß. Wir haben nicht die richtige Einstellung gegenüber der französischen Gesamtpolitik, gehen fehl in der Abwehr, weil wir sie nicht aus ihrem inneren Wesen heraus verstehen und weil das deutsche Volk keinen einheitlichen Standpunkt gegenüber der ungeheuren Gefahr hat.

Hier will uns eine vorzügliche Schrift von A. von Wrochem: „Die Kolonisation der Rheinlande durch Frankreich" (Verlag von Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15) ein Führer sein. Und der Verfasser geht den Dingen auf den Grund. Er gibt zunächst eine psychologische Studie der französischen Volksseele, um aus ihr heraus die widersprechende französische Politik zu erklären und daraus zu folgern, wie wir ihr einzig und allein begegnen können. Die Entwicklung Frankreichs zum geschlossenen Staatswesen hat dazu geführt, daß heute in Frankreich der Staatsgedanke allen anderen Inhalt des Bewußtseins, Religion, Moral, Recht und Sitte, überwuchert. Das Maß alles Handelns ist der Patriot, ein Begriff, den wir Deutsche im französischen Sinne nicht haben; nach ihm richtet sich jeder Begriff von Sitte, Moral und Recht. Recht ist, was Frankreich dient, gut ist, was Frankreich groß macht. Franktireurs und Nettoyeurs, Kriegsverbrecher, werden zu nationalen Helden, und selbst den tiefsten Inhalt des Lebens, die Religion, mißt man mit dem Maße Frankreich: „La France soldat de Dieu". Ueberhaupt im französischen Heere verkörpert sich der Stolz Frankreichs, und die „Würde der französischen Truppen", die durch deutsche Vaterlandslieder und durch Nichtgrüßen ihrer Fahnen angeblich so oft verletzt wird, ist die Würde und Weltgeltung der französischen Nation, während wir derartige Aeußerlichkeiten lächerlich finden. Die Größe, das Ansehen und die Macht Frankreichs ist die Haupt-, ja die einzige Triebkraft der französischen Politik. Während England in seiner großzügigen Eroberungspolitik die Veranlagung und die Entwicklung des zu unterwerfenden Volkes in seine Rechnung einstellt und diese Faktoren allmählich nach seinen Interessen umwandelt, kann Frankreich nie die Rechte, die vollkommen andere Einstellung anderer Völker verstehen, sondern geht, zur Macht gelangt, einzig und allein von dem Gedanken aus: Wie muß das Land hergerichtet werden, wie muß es handeln, um Frankreich zu nützen? Keine Rücksicht auf die Lebensfähigkeit, auf die Lebensrechte, auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten kann das Ziel beeinträchtigen, und da sich nationale und wirtschaftliche Notwendigkeiten nicht auf die Dauer unterdrücken lassen, so erzielt ein derartiges Streben nur Augenblickserfolge, macht es die französische Politik nervös und schwankend. Napoleons Reich brach zusammen, wie auch die jetzige Vormachtstellung, die sich dadurch erhalten will, daß sie ganz Europa als ein Glacis der Festung Frankreich betrachtet, daß sie